

Naturkatastrophe folgt Hilfstragödie

In der Nacht vom 2. auf 3. Mai 2008 raste der Zyklon »Nargis« mit bis zu 200 Stundenkilometern über Burma hinweg. Die Behörden hatten keine Vorkehrungen getroffen, obwohl bereits Tage vorher Warnhinweise vorlagen. »Nargis« lag mit Stufe vier nur eine Kategorie unter dem Wirbelsturm »Katrina«, der vor drei Jahren die Südküste der USA traf. Am schlimmsten betroffen sind das Irrawaddy-Delta und die ehemalige Hauptstadt Rangun.

Nach offiziellen Angaben wurden 134.000 Menschen durch die Katastrophe getötet oder werden noch vermisst.

Die burmesische Militärregierung hatte Hilfslieferungen zunächst blockiert – tonnenweise Hilfsgüter waren in Rangun aus dem Ausland eingetroffen, ausländische Helfer wurden jedoch nicht ins Katastrophengebiet gelassen und die Verteilung der Hilfsgüter durch ausländische Helfer wurde blockiert. Einheimische Organisationen konnten zwar Nothilfe leisten, jedoch reicht ihr Engagement nicht aus. Drei Wochen nach der Katastrophe und im Anschluss an einen Besuch von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon in Burma sollen ab 25. Mai nun ausländische Helfer in die Krisenregion gelassen werden.

Dort warten Schätzungen der UNO zufolge noch 2,4 Millionen Menschen auf Unterstützung. Inzwischen soll durch Wassermangel, Hunger und ungenügende Versorgung die Gefahr von Seuchen immer weiter ansteigen.

Bei einer von den ASEAN-Staaten ausgerichteten Geberkonferenz am 25. Mai sind mehr als 100 Millionen US-Dollar Unterstützung zugesagt worden, große Teile davon sollen aber nur fließen, wenn der Zugang ausländischer Experten gewährleistet ist. Burma hat den Schaden auf elf Milliarden US-Dollar geschätzt, die Vereinten Nationen haben ein Hilfesuch in Höhe von 201 Millionen US-Dollar erlassen. Aus Angst vor einer Veruntreuung der Hilfsgelder war auch im Ausland die Spendebereitschaft von Privatpersonen zunächst gering gewesen. In Deutschland rufen große und kleine Hilfswerke zu Spenden auf. Einen Überblick bietet zum Beispiel <http://www.tagesschau.de/spenden/konten/spendenbirma4.html>.

vgl.: Die Welt, 6.5.2008; AP 26.5.08

EU Standpunkt zu Burma

In einer am 29. April 2008 verabschiedeten Erklärung kündigt die Europäische Union eine Verlängerung des Gemeinsamen Standpunktes zu Burma um weitere zwölf Monate an.

Die EU-Außenminister sprechen sich für ein internationales Waffenembargo gegen Burma aus und warnen vor härteren Sanktionen, falls die Militärjunta die Menschenrechtssituation nicht verbessere. Darüber hinaus wird die Militärregierung aufgerufen, eine freie politische Debatte im Vorfeld des Referendums zur neuen Verfassung zuzulassen.

Der Erklärung ist eine Resolution des Europäischen Parlaments vom 24. April vorausgegangen, in der das Europäische Parlament ein

international geltendes Waffenembargo und die Fortsetzung und Ausweitung der gezielten Sanktionen gegen Burma von Seiten der EU fordert. Insbesondere der Zugang von Mitgliedern des Militärs zu internationalen Bankdienstleistungen soll beschränkt werden. Außerdem erwägt man ein umfassendes Verbot neuer Investitionen und ein Handelsembargo für wichtige Waren.

Ferner fordern die EU und das Europäische Parlament die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller politischer Gefangener, darunter Aung San Suu Kyi.

vgl.: Council Conclusions on Burma/Myanmar 29.4.08; Europäisches Parlament P6_TA-PROV(2008)0178; 24.4.08

Flucht endet tödlich

Bei dem Versuch, in einem Kühlcontainer illegal nach Thailand zu gelangen, sind 54 Menschen – 37 Frauen und 17 Männer – erstickt. Insgesamt befanden sich 121 Wanderarbeiter in dem für Fisch und Meeresfrüchte vorgesehenen Transporter. Von den Überlebenden brauchten 21 Personen ärztliche Hilfe. Die anderen wurden laut thailändischer Polizei wegen illegalen Grenzübertritts festgenommen. Zu diesem Unglück kam es, da im Frachtraum der Sauerstoff ausfiel. Der Fahrer des LKW flüchtete zunächst, stellte sich jedoch einige Tage später. Für die Schmuggelfahrt bekam er 80 000 BHT (1.482 Euro).

vgl.: Deutsche Welle 10.4.08; Bangkok Post 16.4.2008

nachrichten

Wirtschaftsabkommen

Thailand und Burma haben Ende April 2008 ein Abkommen über Erdgasförderung im Golf von Martaban und über eine Kooperation bei der Drogenbekämpfung entlang ihrer gemeinsamen Grenze unterzeichnet, so Premierminister Samak Sundaravej.

Beide Abkommen wurden im Rahmen eines dreitägigen offiziellen Besuchs des burmesischen Premierministers General Thein Sein in Thailand unterzeichnet.

PTT Exploration and Production Public Co., Ltd. (PTTEP), gelistet an Thailands Börse, hatte vorher ein Erdgasfeld im Golf von Martaban lokalisiert, ungefähr 300 Kilometer südlich der früheren burmesischen Hauptstadt Rangun.

Die beiden Länder hatten sich jedoch nicht wie erwartet über einen Fördervertrag einigen können. Die Angelegenheit sei im burmesischen Kabinett diskutiert worden, so Samak. Unter dem jetzt abgeschlossenen Vertrag wird Thailand in Burma landwirtschaftliche Produkte für das eigene Land produzieren. Im Gegenzug wird Thailand technologische Expertise an

burmesische Bauern transferieren, damit sie zusätzliches Einkommen erwirtschaften können.

Samak und sein burmesischer Amtskollege diskutierten außerdem eine Kooperation zum Ausbau eines Transportnetzwerks, um die beiden Länder mit Laos und China zu verbinden.

Des Weiteren wurde über burmesische Migranten diskutiert, die illegal in Thailand leben und arbeiten. Laut thailändischem Außenminister Noppadon Pattama leben schätzungsweise 2,2 Millionen Burmesen illegal in Thailand. Etwa zwei Millionen davon seien Arbeiter, der Rest ist aus seinem Heimatland geflohen, und lebt nun in Thailand. Man würde diese Flüchtlinge nicht in ihr Land zurück schicken, sondern humanitäre Hilfe leisten.

vgl.: Bangkok Post, 30.4.2008

Verfassung angenommen

Burmas Militärregierung hat trotz der Katastrophe durch den Zyklon Nargis an ihrem Plan festgehalten, das Verfassungsreferendum am 10. Mai 2008 abzuhalten. In den betroffenen Gebieten und in Rangun wurde die Stimmabgabe um zwei Wochen auf den 24. Mai 2008 verschoben. Die oppositionelle Partei Nationale Liga für Demokratie sowie andere politische Kräfte – darunter auch der UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon – hatten die Militärregierung aufgefordert, das Referendum zu verschieben.

In den vorangegangenen Wochen hatte das Regime seine Kampagne zur positiven Stimmabgabe verstärkt. Gleichzeitig wurde von Einschüchterungsversuchen, Schikane und kurzzeitigen Verhaftungen berichtet. Unabhängige Beobachter und Presse wurden nicht zugelassen. In einigen Gegenden mussten Lehrer und andere Beamte bereits vor dem 10. Mai ihre Stimme abgeben, wobei sie den ausgefüllten Stimmzettel in einem Briefumschlag mit ihrem Namen und Ausweisnummer abliefern mussten.

Die Militärregierung berichtete vom erfolgreichen Verfassungsreferendum, demzufolge 92,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler für das neue Grundgesetz gestimmt hätten. Auch in den vom Zyklon betroffenen Gebieten erfolgte eine Zustimmung von 92,4 Prozent. Die Verfassung macht den Weg frei für Wahlen im Jahr 2010.

Der Verfassungsentwurf teilt 25 Prozent der Sitze im Parlament dem Militär zu. Sie ermächtigt außerdem den Präsidenten, im Falle eines Ausnahmezustandes, die legislative, exekutive und judikative Gewalt für bis zu einem Jahr dem Oberbefehlshaber des Militärs zu übergeben. Der Entwurf verbietet es jedem, der die Rechte und Privilegien eines ausländischen Bürgers genossen hat, eine öffentliches Amt innezuhaben – eine Bestimmung, die es Suu Kyi unmöglich machen würde, ein Regierungsamt zu übernehmen, da ihr verstorbene Ehemann Brite war.

vgl.: AP 8.5.08, Burma Partnership Weekly Briefing -- 26t.4. -- 2.5.08, Irrawaddy 26.5.08

Hunger lässt Flüchtlinge Arbeit suchen

Die Reiskrise bedroht das Leben von 145.000 burmesischen Flüchtlingen, die in neun Lagern entlang der thai-burmesischen Grenze leben. Ein Konsortium von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die in den Lagern arbeiten, brauchen zusätzliche 7,5 Millionen US-Dollar, um die Flüchtlinge mit Lebensmitteln zu versorgen.

Sally Thompson, stellvertretende Direktorin des thailändischen Burma Border Consortium, sagte, das Konsortium habe kürzlich einen Aufruf an jeden internationalen Geber geschickt, zusätzlich zum jährlichen Budget von 16 Millionen US-Dollar finanzielle Unterstützung zu leisten. Das Konsorti-

um habe positive Antworten aus Irland und den Niederlanden erhalten, so Thompson. Wenn die Lager bis zum 9. Juli kein zusätzliches Budget bekommen, müssen wahrscheinlich die Lebensmittelrationen gekürzt werden. Andernfalls, so Thompson weiter, müsse sich die thailändische Regierung überlegen, ob sie den Flüchtlingen erlaubt, außerhalb der Lager zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die aktuelle thailändische Regierungspolitik verbietet es den Flüchtlingen, außerhalb der Flüchtlingslager zu arbeiten.

vgl.: The Nation (Thailand), 30.4.2008